

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Karl Nehammer
Bundeskanzler

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.776.949

Wien, am 24. Dezember 2024

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Lindner, Kolleginnen und Kollegen haben am 24. Oktober 2024 unter der Nr. **23/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Beschwerden wegen Diskriminierung und Ungleichbehandlungen in Ihrem Ministerium in der XXVII. GP“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

1. *Wie viele Beschwerdeverfahren vor der Gleichbehandlungskommission des Bundes gab es in Hinsicht auf potenzieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen seitens Ihres Ressorts oder nachgelagerter Dienststellen in der XXVII. GP? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund und Ausgang des Verfahrens.*

Für abgeschlossene Beschwerdeverfahren vor der Gleichbehandlungskommission des Bundes darf auf die Gleichbehandlungsberichte des Bundes gemäß § 12a Bundes-Gleichbehandlungsgesetz verwiesen werden, die unter [Gleichbehandlungsberichte des Bundes - Bundeskanzleramt Österreich](#) abrufbar sind.

Im angefragegegenständlichen Zeitraum gab es eine Beschwerde aufgrund einer potentiellen Diskriminierung auf Grund des Geschlechts sowie aufgrund der Weltanschauung jeweils bei der Begründung des Dienstverhältnisses. Die Beschwerdeverfahren vor der Gleichbehandlungskommission des Bundes sind noch nicht abgeschlossen.

Zu den Fragen 2 und 3:

2. *Wie viele Fälle in der XXVII. GP sind Ihnen bekannt, in denen Ihr Ministerium oder nachgelagerte Dienststellen als Arbeitgeber wegen potenzieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen angezeigt wurden? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund.*
3. *In wie vielen Fällen in der XXVII. GP waren Ihr Ministerium oder nachgelagerte Dienststellen als Arbeitgeber wegen potenzieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen an Verfahren vor Gericht beteiligt? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund, sowie nach jeweiligem Gericht bzw. jeweiliger Instanz.*
 - a. *In wie vielen Fällen kam es jeweils zu Verurteilungen, Freisprüchen außergerichtlichen Einigungen und welche Summen mussten jeweils als Entschädigung bzw. Strafzahlung gezahlt werden? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund.*

Für den Zeitraum bis einschließlich des Jahres 2023 verweise ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfragen Nr. 10170/J vom 9. März 2022, Nr. 14156/J vom 17. Februar 2023 und Nr. 17453/J vom 2. Jänner 2024. Im Jahr 2024 bis Ende der XXVII. Gesetzgebungsperiode am 23. Oktober 2024 gab es keine Fälle im Sinne der Fragestellungen.

Karl Nehammer

